

In schwierigen weltpolitischen Zeiten möchte ich in meiner Haushaltsrede versuchen, die politischen Schwerpunkte zu formulieren, die für die CDU-Fraktion im Gemeinderat Calw wichtig sind.

Als wir im Frühjahr die Friedensdemonstration auf dem Marktplatz hatten, habe ich bereits darauf hingewiesen, dass dieser Krieg einen langen Atem braucht und unsere Gesellschaft fordern wird. Jetzt sind wir mitten in der Energiekrise und erleben eine noch nie dagewesene Inflation. Die finanziellen Spielräume werden für viele Privatpersonen, Betriebe und Unternehmen, aber auch für die Kommunen immer enger. Ein Maß dafür ist, dass immer mehr Menschen in den Tafelläden einkaufen und zunehmend mehr Menschen auf staatlichen Hilfen angewiesen sind. Hier ist unsere gegenseitige Solidarität und Unterstützung notwendig. Von kommunaler Seite müssen wir dafür sorgen dass die sozialen Hilfen zeitnah fließen, insbesondere auch das jetzt geplante Wohngeld. Hier muss organisatorisch dafür gesorgt werden, dass die Bearbeitungszeit kurz ist und der Geldfluss schnell erfolgt.

Wer die zerbombten Städte in der Ukraine sieht, die zerstörte Infrastruktur, den fehlenden Strom, die fehlende Heizung, der weiß was es heißt, wenn Menschen in ihrer alltäglichen Lebenssituation am Ende sind und deshalb nach Westeuropa fliehen. Ich finde es unter diesem Visus als beschämend, wenn Deutschland den Eindruck erweckt, es sei am Ende seiner Leistungsfähigkeit. Wir haben bisher in Calw einen vorbildlichen Umgang in der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen erleben dürfen, dafür sei sowohl der Verwaltung als auch dem Flüchtlingsmanager als auch denjenigen, die ihre Wohnungen an Flüchtlinge vermietet haben, gedankt. Es kann sein, dass wir diesen Standard zukünftig aufgrund der Zahl an Menschen nicht halten können. Dann müssen wir eben leider andere Wege gehen, evtl. wieder in Gemeinschaftsunterkünften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen uns von Putin nicht unter Druck setzen lassen, wir dürfen der Aggression nicht nachgeben! Wir haben die Kraft den fliehenden Menschen zu helfen! Deutschland ist deshalb nicht am Ende und Europa lässt sich nicht auseinanderdividieren. Lassen Sie mich an dieser Stelle aber auch sagen, dass der Bund im Sinne des Konnexitätsprinzips hier die Kommunen und Landkreise nicht alleinlassen darf.

Lassen Sie mich zur Verwaltung kommen. Es ist im Haushalt sehr erfreulich, dass dieses Jahr keine weitere Vergrößerung des Personalkörpers durch den OB vorgesehen ist. Dies, obwohl viele am oberen Limit arbeiten und die Bearbeitungszeiten in manchen Abteilungen lang sind. Hier gilt unser Dank den Mitarbeitern! Neben der Arbeitsbelastung kommt für viele, insbesondere ältere, die Umstellung der Abläufe im Rahmen der Digitalisierung erschwerend hinzu. Digitalisierung ist wichtig und richtig. Beim Blick auf die Altersstruktur in der Verwaltung wissen wir, dass in den nächsten 10 Jahren fast die Hälfte der Mitarbeiter in Ruhestand geht. Bei dem aktuellen Arbeitsmarkt wissen wir aber auch, dass wir die abgehenden Mitarbeiter nicht werden ersetzen können. Die Aufgabe des OB und der Spitze der Verwaltung wird es sein zu entscheiden, welche Tätigkeiten digital automatisiert durchgeführt werden können, das heißt ohne Personal und an welchen Schnittstellen zwischen Bürgern und Verwaltung Menschen notwendig sind. Insgesamt bedeutet dies, dass die Zahl der Mitarbeiter durch den Fachkräftemangel in der Verwaltung sinken wird und wir die Qualität der Arbeit für die Bürger nur halten können, wenn viele Prozesse digital und automatisiert durchgeführt werden. Dieser Weg ist beschwerlich, aber er muss gegangen werden. Ein weiterer Beitrag zur Entlastung der Verwaltung ist das Outsourcing von bestimmten Dienstleistungen, z.B. Förderanträge schreiben, wobei das Controlling in der Hand der Stadt bleibt.

Kritisch ist allerdings anzumerken, dass auch im Bereich der Kindergärten kein Personalzuwachs eingeplant ist. Dies bedeutet im Klartext, dass eine Wiedereinführung der 50 Stunden Betreuungszeit nicht mehr realistisch ist! Dies bedauern wir sehr! Wir wissen

sehr wohl, dass die Personalgewinnung unendlich schwierig ist und dass es über Jahre versäumt wurde, ausreichend viele Erzieherinnen und Erzieher auszubilden. Der Gemeinderat hat 2020 beschlossen die Betreuungszeit nur vorübergehend auf 45 Stunden abzusenken! Deshalb muss unser politisches Ziel weiterhin sein die 50 Stunden zu erreichen! Bedingt durch das schwierige wirtschaftliche Umfeld werden in den jungen Familien zunehmend beide Partner mehr arbeiten müssen. Deshalb halten wir als CDU-Fraktion das Ziel der 50 Stunden Betreuungszeit für unbedingt notwendig.

Wie Sie alle wissen, erwartet sich die Stadt Calw von der Hesse Bahn neue wichtige Impulse. Zum einen für den Tourismus. Zum anderen ist es im Rahmen der Energiewende notwendig, dass Pendler in Richtung Stuttgart und Böblingen auf den ÖPNV umsteigen können. Leider wird durch die Schnell- S-Bahn S 62 dieses Ansinnen massiv torpediert. Ein mehrfacher Umstieg auf der Fahrt nach Stuttgart bzw. die nur stundenweise Erreichbarkeit von Böblingen/Sindelfingen, bedeutet eine massive Verschlechterung der Akzeptanz der Hermann Hesse Bahn. Wir können dies nicht einfach so hinnehmen und sollten als Gemeinderat und Vertretung der Bürgerinnen und Bürger unser Engagement darauf verwenden eine Veränderung zu erreichen. Nachdem bisher die Verhandlungen der Verwaltung zu keiner Veränderung geführt haben, ist eine Erhöhung des Drucks Richtung Verkehrsministerium und vor allem der Region Stuttgart z.B. durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung der Öffentlichkeit notwendig. Lassen Sie uns hier alle an einem Strang ziehen! In der Weiterentwicklung der Hessebahn ergibt sich als Ziel der 2-spurige Ausbau der Strecke zwischen Malmshausen und Weil der Stadt sowie die Elektrifizierung nach Calw und eine Anbindung an das Fernzuggleis in Feuerbach schlussendlich die Weiterentwicklung zu einem Metropolexpress.

Für die Verkehrsinfrastruktur in Calw ist die Südwestumfahrung eine vorrangige Aufgabe. Sie reduziert den Durchgangsverkehr in der Innenstadt massiv, bindet den Klinikcampus und das Landratsamt für die Gemeinden im Südwesten besser an und wertet damit nach dem Umzug des Krankenhauses auf den Campus das Gebiet des alten Krankenhausareales als Wohngebiet massiv auf. Hier müssen wir zeitnah und schnell vorankommen. Beim Thema Tunnel haben wir unsere Hausaufgaben zunächst gemacht, jetzt liegen die Akten in Berlin auf einem unklar hohen Stapel.

Zum Haushalt direkt. Der Haushalt schließt mit einem Defizit von 3.218.200 € ab. Zur Deckung werden wir unsere Rücklagen zunehmend aufbrauchen. Dies ist in der jetzigen Krise sicher richtig. Investitionen zurückzuhalten in unsere Kindergärten und Schulen wäre ein fataler Fehler und würde den Investitionsstau noch vergrößern. Dennoch müssen wir uns bemühen langfristig ausgeglichen zu wirtschaften, dazu gehört auch unsere Einnahmen z.B. aus der Gewerbesteuer zu erhöhen. Ein wichtiges Element stellt die Wohnbaugesellschaft für die Stadt dar. Zum einen können Einnahmen generiert werden, zum anderen haben wir die Möglichkeit Investitionen darüber zu steuern. So wie ich den Kämmerer kenne, ist die Kalkulation des Haushaltes eher defensiv als mit spitzer Nadel gerechnet, das beruhigt etwas und würde zu den letzten Haushalten passen.

Ein wichtiger politischer Faktor für eine Stadt mit vielen Teilorten ist, dass nicht nur zentral investiert wird, sondern eine gute Balance zwischen Investitionen in den Teilorten und Investitionen in der Kernstadt erfolgt.

Ein zukünftig schwer kalkulierbarer Faktor ist die Kreisumlage. Die hohen Defizite im Krankenhausbereich, die Investitionen in unsere Kliniken, Zuschüsse zum ÖPN wegen der hohen Dieselposten, schwer kalkulierbarer Kosten im Sozialhaushalt und einiges mehr belasten den Kreishaushalt enorm - aber alle diese Themen sind auch Themen der Daseinsvorsorge von denen wir auch als Stadt profitieren! Trotzdem können wir uns keine massive Erhöhung der Kreisumlage von aktuell 29,5 Punkte auf 35,4, wie es z.B. die Grünen fordern, leisten. Das würde den Spielraum der Kommunen noch mehr einengen.

Wir haben uns letztes Jahr viel mit Strategie beschäftigt und ein Strategiehaus für die Stadt entwickelt. Dies erleichtert hoffentlich die Priorisierung bei anstehenden Entscheidungen. Allerdings müssen wir auch die Effizienz unserer Entscheidungen messen, hier ist die Weiterentwicklung im Bereich des Controllings und Entwicklung von Performancekennzahlen für die Arbeit der Verwaltung notwendig.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zum Thema Ökologie kommen. Wie wir schon mehrfach angeregt haben, wird jetzt eine Fotovoltaik Anlage in direkter Nachbarschaft des Industriegebietes Lindenrain auf dem Stickle entstehen. Dies ist ein erster Schritt die Stromproduktion und den Verbrauch topographisch auch zusammen zu bringen. Bei dem fehlenden Leitungsnetz in Deutschland und dem hohen Strombedarf im Süden weitab der Windparks in der Nordsee und Ostsee ist die dezentrale Stromversorgung ein zentrales Thema. Hier werden wir als Stadt und auch privat weiter in Fotovoltaik investieren müssen. Auch wenn es als ein konfliktreiches politisches Thema gilt, werden wir nicht um die Errichtung von weiteren Windrädern im Landkreis umhinkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe ich konnte Ihnen einige Linien unsere Politik verdeutlichen und unsere Schwerpunkte herausarbeiten.

Die CDU Fraktion wird dem Haushaltsentwurf zustimmen.